



Frau Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit
Dr. Barbara Hendricks

Kohle- und Atomverstromung stoppen – auf den Bau von Gleichstromleitungen verzichten

Sehr geehrte Frau Dr. Hendricks,

der geplante Netzausbau mit Gleichstromleitungen wird immer als das Rückgrat der Energiewende bezeichnet. Er ist es aber nicht. Es soll vielmehr der europäische Stromhandel vorangetrieben werden, der den Kohlestrom und damit die Profitmaximierung der fossilen Energiewirtschaft manifestiert und den Atomstrom durch die Hintertür wieder nach Deutschland bringt. Im Positionspapier der Europäischen Energieunion ist dargelegt, dass man an der Atomtechnologie festhalten will.

Auch an die Übertragungsnetzbetreiber hat man gedacht, sie dürfen den Ausbaubedarf berechnen und profitieren davon, 9,05 % Garantierendite p.a. und Netzentgelte.

Folgende Aussagen sollen vor allem den Bau rechtfertigen

- Ohne die Stromtrassen von Nord nach Süd kann die Energiewende nicht gelingen
- Der Windstromüberschuss aus dem Norden Deutschlands muss in den Süden gebracht werden, um dort die Deckungslücke nach dem Abschalten der AKW zu füllen.

Folgende Fakten stehen dem entgegen:

- Die Gleichstrompassagen sollen Kohle- und Atomstrom transportieren, auch über Grenzen hinweg. Im Netzentwicklungsplan (NEP) 2025 sind weiterhin 3000 MW aus „konstanten Quellen in Polen“ eingeplant. Das ist entweder Braunkohle- oder Atomstrom, denn Polen plant ein neues AKW. Verbindungsleitungen zu Paks II ab Landshut und zu Temelin in der Oberpfalz sind auch bereits geplant.
Das DIW stellt außerdem in einem Gutachten (Politikberatung kompakt) fest:
„Die HGÜ Süd Ost wird nicht aus Gründen der Versorgungssicherheit benötigt, sondern dient der Aufnahme zusätzlicher Braunkohlestromüberschüsse in Starkwindperioden; daher ist sie nicht nur energiewirtschaftlich nicht notwendig, sondern sie schadet den energiewirtschaftlichen Zielen Bayerns.“
- Im Norden gibt es keinen Windstromüberschuss, was dort erzeugt wird, braucht man selbst, wenn die AKW abgeschaltet sind. Lediglich Erzeugungsspitzen können in den Süden transportiert werden, die dort aber ohne Speicher wertlos sind. Eine Deckungslücke gab es auch im Sommer 2015 nicht, als in Bayern nur ein Block eines AKW in Betrieb war.

Fazit:

Der geplante Ausbau der Gleichstromübertragungsleitungen hat mit der Energiewende in Deutschland nichts zu tun, hier sollen Finanzinvestitionen und der europäische Strommarkt bedient werden.

Der Ausbau bringt uns zusätzlich die hochriskante Atomtechnologie durch die Hintertür zurück. Daneben wird die Braunkohleverstromung manifestiert und die mit Braunkohleabbau und Stromleitungsbau einhergehende massive Lebensraum- und Naturzerstörung.

Die Energiewende kann nur dezentral gelingen, ist aber dringend notwendig, um die CO2 Emissionen zu reduzieren und den katastrophalen Klimawandel mit Extremwetter, Dürren, Überschwemmungen, Verlust von Anbaugebieten zu stoppen. Die ersten Anzeichen sind auch in unserer Region zu beobachten, zum Beispiel ein Drittel Ernteverlust in der Oberpfalz 2015.

Unser Appell an Sie als Bundesumweltministerin:

Lassen Sie nichts unversucht, mit den in Ihrer Verantwortung liegenden Maßnahmen den katastrophalen Klimawandel einzudämmen. Setzen Sie sich kraft Ihres Amtes dafür ein, dass das Gelingen der dezentralen Energiewende nicht mit dem Bau und Betrieb unnötiger Übertragungsleitungen torpediert wird.

Unser Ziel muss es sein, für unsere und für die nächsten Generationen saubere Luft und ein erträgliches Klima zu erhalten. Dafür brauchen wir 100 Prozent Erneuerbare bis 2020. Das heißt: Sonne, Wind und Speicher für die dezentrale, regionale Energieversorgung – keine Kohle- und Atomstromtrassen.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Estl

Bgm.-Lochner-Str. 5

95704 Pullenreuth

klaus-maria.estl@t-online.de

für das Aktionsbündnis

